

Gegenseitiger Vorwurf des „Geschmäckles“

thor **Friesenhagen**. Eigentlich sind Norbert Klaes und Michael Schüttler schon lange per Du, doch am Mittwochabend fiel der Ortsbürgermeister im Rat gegenüber dem Fraktionssprecher der CDU für einige Augenblicke ins „Sie“ zurück. Anlass war die Diskussion um eine Beteiligung der Ortsgemeinde an EAM (die SZ berichtete aktuell). Im Februar hatten die Christdemokraten einen Antrag zu einer Bürgerbefragung gestellt – und dann nach eigenen Angaben mehr als ein halbes Jahr nichts mehr davon gehört, bis ein ablehnender Bescheid eingegangen sei. Schüttler nannte den Verzicht auf eine Befragung ein „großes Versäumnis“. Dass man so lange nichts von dem Antrag gehört habe, „hat für mich schon ein Geschmäcke“, meinte Schüttler, der zunächst in der Kirchener Verwaltung den Hauptschuldigen vermutete. Doch da konnte Bürgermeister Jens Stötzel schnell Aufklärung betreiben: Sein Haus habe bereits am 10. April gegenüber der Ortsgemeinde Friesenhagen ausführlich Stellung zu dem Thema bezogen. Laut Stötzel habe die Verwaltung ihre Hausaufgaben gemacht und der Gemeinde angeboten, für die nächste Sitzung eine Beschlussvorlage vorzubereiten. Alles andere sei Sache des Ortsbürgermeisters gewesen.

Das sei korrekt, sagte Klaes, der hierfür die Verantwortung übernahm und die Kritik bzw. den Antrag Schüttlers ebenfalls mit „Geschmäcke“ konterte. Mit Verweis auf die Gemeindeordnung habe keine Verpflichtung bestanden, die Bürgerbefragung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. „Das Thema war ja nicht relevant, weil es noch kein neues Angebot von EAM gab“, betonte der Ortsbürgermeister. Außerdem habe der Rat bereits im November 2014 über die Sache entschieden, eine nachträgliche Befragung sei daher wenig zielführend. Das sah die CDU ganz anders: „Es war doch bekannt, dass ein neues Angebot kommt“, meinte Schüttler.

Anke Losert (SPD) sprang Klaes zur Seite, indem sie auf die repräsentative Demokratie verwies: Sie sitze hier als gewählte Ratsvertreterin und spreche für die Menschen, die ihr die Stimme gegeben hätten. Also brauche man auch keine Bürgerbefragung.